Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 21 (2001)

Heft: 40

Artikel: Europäischer Wohlfahrtskapitalismus : Aussichten für einen neuen Reformismus

Autor: Krätke, Michael R.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651623

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Michael R. Krätke

Europäischer Wohlfahrtskapitalismus

Aussichten für einen neuen Reformismus

Comparative political economy, zu deutsch *Politisch-ökonomischer Ländervergleich*, heißt eine schöne Kunst, die ihre Unschuld schon lange verloren hat. Wenn sie denn je eine hatte. Mit „Modellen", leuchtenden Vorbildern und strahlenden Kontrasten zur heimischen Misere wurde und wird massiv Politik gemacht. Die klassischen Ökonomen des 17. und 18. Jahrhunderts wetteiferten bereits in diesem Spiel. Adam Smith pries die Vorbilder Holland und Schottland, die französischen Ökonomen bewunderten und propagierten die moderne Agrikultur Englands. Schon damals lautete die Botschaft: Institutionen sind wichtig, Politik ist wichtig. Ökonomische Wunder sind machbar.

Heute wird mit anderen Modellen Politik gemacht: Mal ist es das „holländische Modell", mal das US-amerikanische Modell, dann wieder das „dänische", „australische", „neuseeländische", davor war es das „japanische Modell", dicht gefolgt von etlichen Wundern in den vielbestaunten „kleinen Tigerstaaten" Südostasiens. Damals wie heute muss, wer in der Wissenschaft mitreden will, über die ganze „Welt der Kapitalismen" Bescheid wissen, zumindest so tun als ob. Mit Hilfe neoliberaler Marktdogmatik ist das ein Kinderspiel, denn Ländervergleiche in politischer Absicht fördern stets das gleiche Resultat zutage: Je mehr „Liberalisierung", „Deregulierung", „Privatisierung", je „schlanker" der Staat und je „freier" der Markt, desto mehr „Freiheit" und „Wohlstand".

Die eigenen, „nationalen" Industrien zu schützen bzw. ihnen gegen fremde, „ausländische" Konkurrenz auf die Beine zu helfen, Märkte gegen fremde Akteure und fremde Waren abzuschließen bzw. fremde Märkte zu erobern – wo nötig mit Waffengewalt –, ist eines der ältesten und dauerhaftesten Motive der modernen Staaten. Von Anfang an ging es dabei um Rechte und Vorrechte, um „Freiheiten", um verbindliche Regeln und Normen, kurz um alles, was zur politischen Konstitution von Märkten gehört. In diesem Spiel waren Staaten, andere Staaten, die wichtigsten Mit- und Gegenspieler. Privatunternehmen, auch große Multinationals, spielten nur in wenigen Fällen eine Vorreiterrolle und schafften es nur in den Hochzeiten des Imperialismus, „ihren" Staat für ihre Interessen einzuspannen. Neu ist daher die Behauptung, in der Gegenwart seien nationale Staaten keine Spieler der Weltökonomie mehr, sondern zu Spielbällen der Weltmärkte degradiert worden. Soweit es heute so etwas wie ein „internationales" oder „transnationales" Kapital gibt, verkörpert in den Multi- und Transnationalen Konzernen sowie in dem Kapital, das sich auf den internationalen Finanzmärkten umtreibt, hat die Behauptung etwas für sich.

Der moderne Kapitalismus ist in verschiedenen historischen Milieus entstanden, eingebettet in verschiedene Länder und Kulturen. Seine Ent-

wicklung wurde von verschiedenen Staaten teils gefördert, teils systematisch betrieben, im eigenen, wohlverstandenen Interesse, ohne dass es dazu einer bereits etablierten „politischen Herrschaft" der Bourgeoisie bedurft hätte. In diesem Wettlauf der staatlichen Entwicklungspolitiken nationaler Industrien und „Kapitalismen" wurde ohne Zögern alles gelernt und übernommen, was von den Konkurrenten, wo auch immer auf der Welt, zu lernen und zu übernehmen war. Daher gibt es von Anfang an in der realen Welt der Kapitalismen Tendenzen zur Angleichung, zur Konvergenz der technologischen, organisatorischen, institutionellen Entwicklung. Die jeweils „besten" Praktiken, das heißt Produktionsmethoden, Managementtechniken, Materialien, Produkte, die jeweils „erfolgreichsten" institutionellen Arrangements dienen als Modelle, denen die Rivalen nacheifern, die sie kopieren und auf ihre Weise benutzen und verbessern.

Die neue Konvergenz und die gegenwärtige Phase der Globalisierung

Nach dem Ende des Kalten Krieges hat eine neue Konvergenz-These rasch an Popularität gewonnen. Die alte Vielfalt der Kapitalismen, ihre nationale und regionale Diversität, werde auf die Dauer unweigerlich verschwinden. Dafür werde die Dynamik des Weltmarkts, neu aufgeputzt als „Globalisierung" (Krätke 2000), sorgen. Dem Druck des Kapitals, das weltweit mobil und de facto in einer wachsenden Zahl von Sektoren transnational geworden ist, würden die nationalen „Varianten" des Kapitalismus nicht standhalten können (vgl. z.B. Albert 1992, Strange 1996, Cerny 1997). Auf lange Sicht werde die Welt von einem Einheitstypus des Kapitalismus beherrscht werden, der historische Milieus, Staaten, nationale, regionale und lokale Kulturen hinter sich gelassen haben werde. Sektorale Unterschiede werden in diesem neuen, globalen Kapitalismus eine größere Rolle spielen als nationale oder regionale.

Diese Sicht des Weltkapitalismus entspricht der Perspektive, der die neoklassische Ökonomie unweigerlich verfällt, sobald sie sich auf die internationale Ökonomie einläßt. Alle Märkte streben zum „Gleichgewicht", alle Weltmärkte zur Uniformität; ebenso alle weltmarktlichen Akteure. Freie Konkurrenz auf dem Weltmarkt wirkt – wie jede Marktkonkurrenz – als die große Gleichmacherin, je freier die Konkurrenz, desto uniformer die Welt. Anhänger des Neoliberalismus haben genau dies, die Uniformierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in allen kapitalistischen Ländern, den Einheitsstil des Denkens wie der Politik mit Erfolg gepredigt und betrieben. Wie die „Globalisierung" wird auch die „Konvergenz der Kapitalismen" von politischen Akteuren, Regierungen, formell privaten Regulierungsorganen (wie z.B. der BIZ) und formell unpolitischen „Privat"-Unternehmen, mit den Repräsentanten des zeitgenössischen, internationalen Finanzkapitals in vorderster Linie, gemacht und gewollt.

Gegen die auf den ersten Blick so plausible These vom Einheitsmodell des Kapitalismus spricht einiges. Politisch gibt es Erfolgsgeschichten ebenso wie eklatante Niederlagen des neuen Einheitsstils der Politik,

obwohl einige „Erfolgsgeschichten“ (z.B. Australien, Neuseeland, Großbritannien, Niederlande) bei näherem Hinsehen an Glanz verlieren und vom vielfachen Scheitern neoliberaler Experimente gern geschwiegen wird. Einige Länder, in Gallien und anderswo, verweigern sich dem neuen Einheitsstil der Politik. Japan bietet dafür auch ein hervorragendes Beispiel. Russland bietet ein ganz anderes, die Neuen Industrieländer Südostasiens passen ebenfalls nicht ins neoliberale Einheitsschema der angeblich einzig „vernünftigen“ Wirtschafts- und Finanzpolitik. In weiten Teilen der Welt, in vielen Ländern aller Kontinente, funktionieren und funktionierten die Einheitsrezepte der „Deregulierung“, „Liberalisierung“, „Flexibilisierung“, wie sie von IWF und Weltbank und anderen Hauptakteuren der Weltwirtschaftspolitik mit keineswegs sanften Erpressungen durchgedrückt wurden und werden, ganz und gar nicht.

Angesichts der „propagandistischen Tendenzen des Kapitals“ und seiner Protagonisten waren und sind die politischen Ökonomen gespalten. Wie der alte Marx, der vom Weltmarktmonopolisten Großbritannien als dem Land sprach, das den anderen ihre kapitalistische Zukunft zeige, aber auch die Besonderheiten der „historischen Milieus“ und „geschichtlichen Umstände“ betonte, die zu unterschiedlichen Formen der kapitalistischen Entwicklung führten. Nimmt man die Tendenz des modernen Kapitalismus, einen „Weltmarkt“ herzustellen, ernst, dann ist die schlechte Praxis der mit Vergleichen arbeitenden Sozialwissenschaftler, einfach „Länder“ bzw. „Nationalstaaten“ als Analyseeinheiten zu nehmen, wie man sie scheinbar „vorfindet“, nicht zu halten. In jedem einzelnen „Fall“ ist vielmehr zu fragen, wie, wie weit, wo und wann ein Land vom Weltmarkt abhängig bzw. in den Weltmarkt integriert ist. Politische Ökonomen wissen, dass es sehr unterschiedliche Formen der Integration in den Zusammenhang des Weltmarkts gibt, die einzelnen „kapitalistischen Länder“ ihre „Stellung“ und Rolle auf dem „Weltmarkt“ erheblich verändern können, die Struktur des Weltmarkts gemodelt werden kann. Dass die „Länder“, das heißt die durch Nationalstaaten historisch geformten „Nationalökonomien“, nicht einfach „gegeben“ sind und so bleiben, wie sie einmal waren, sollte jedem klar sein, der von „Entwicklung“ oder „Strukturveränderung“ des Kapitalismus redet. In Ländervergleichen aber begnügt man sich mit reichlich oberflächlichen Unterscheidungen: man unterscheidet zwischen „grossen“ und „kleinen“ Ländern mit mehr oder minder „offenen“ Ökonomien, zwischen „starken“ und „schwachen“ Staaten. Zum Verständnis der tatsächlichen Struktur der kapitalistischen Weltökonomie hilft das wenig.

Die wissenschaftliche und zugleich hochpolitische Debatte dreht sich um die Leistungsfähigkeit verschiedener „Modelle“ des Kapitalismus. Ganz gleich, ob mit einer Typologie von zwei (angelsächsischer versus rheinländischer Kapitalismus) oder mit einer von drei, vier oder mehr Modellen gearbeitet wird, stets geht es um die Frage, warum das eine „Modell“ höhere Wachstumsraten, eine höhere Beschäftigung, geringere Inflationsraten, eine höhere Produktivität aufzuweisen hat als das andere. Welcher Kapitalismus ist also der beste?

Im Blick auf die Struktur der heutigen Weltökonomie ist es sinnvoll, von drei „Modellen" des Kapitalismus zu reden – entsprechend den Kernländern oder -regionen an den drei Polen der „Triade", die das heutige kapitalistische „Zentrum" bildet – und von einer Reihe von Modellen in den Ländern des peripheren Kapitalismus, die von den Komparatisten in der Regel unterschlagen werden. Die gegenwärtige, jüngste Phase der „Globalisierung" bedeutet in der Tat zum ersten Mal in der Geschichte des modernen Kapitalismus eine annähernde „Durchkapitalisierung" der Welt. Der Modellplatonismus der Komparatisten in den Sozialwissenschaften, die Länder und Modelle als gleiche Konkurrenten und „Spieler" auf dem Weltmarkt nebeneinander stellen, ist der Struktur der heutigen Weltökonomie und -politik unangemessen. Wer die verstehen will, sollte schon die strukturellen Ungleichheiten zwischen Staaten, Ländern und Regionen, ihre Macht- und Herrschaftsbeziehungen in Rechnung stellen. In der heutigen Phase der „Globalisierung" bedeutet das, was die Komparatisten als eine Art von Leistungswettbewerb der Modelle wahrnehmen, einen erbitterten Kampf um die Vormacht, die Hegemonie auf dem Weltmarkt, in den die Länder der kapitalistischen Triade verstrickt sind.

Das gab es schon früher. Neu ist nur, dass heute alle Triadenökonomien, auch die Länder des „asiatischen Kapitalismus", am Kampf um die Neuordnung der kapitalistischen Welt aktiv beteiligt sind. Dieser Konstellation entsprechend wird man zwischen einem US-amerikanischen oder „marktgeführten", einem asiatischen oder „staatlich gelenkten" und einem europäischen „Wohlfahrtskapitalismus" unterscheiden (vgl. Coates 2000, 9ff). Anders als bei den heute gängigen Dreiteilungen der Welt – etwa der von Esping-Andersen (1990) geprägten Typologie von „drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus" – wird dabei kein Ideal oder Vorbild unterstellt, dem die anderen, ob sie wollen oder nicht, nachzufolgen haben. Der Ausgang des Kampfs um die neue kapitalistische Weltordnung ist offen.

Kann der europäische Wohlfahrts-Kapitalismus überleben?

Außer in Frankreich herrscht heute in vielen europäischen Ländern noch immer der Glaube an die US-amerikanische Überlegenheit. Kapitalismus in Reinkultur, den findet man in *god's own country*, und nur dort. Wenn es stimmt, dass die US-amerikanische Form des Kapitalismus auf allen Weltmärkten obsiegen, sich in freier Konkurrenz als überlegen erweisen muss, dann wird die „Globalisierung" unweigerlich auf eine „Amerikanisierung" der Kapitalismen hinauslaufen. Es stimmt aber nicht.

Schon das gängige Bild des US-amerikanischen Kapitalismus ist falsch. Seine Eigenarten sind ohne Rücksicht auf die Rolle und die keineswegs kleine Regulierungskapazität des US-Staats nicht zu verstehen. Die Stärke des US-amerikanischen Kapitalismus in der jüngsten Freihandelsepoche hängt noch stets in erster Linie von der Stärke des US-amerikanischen *big government* ab. Sie beruht auf der Dollarisierung eines Großteils der Weltökonomie, die trotz Euro nach wie vor in vollem Gang ist – ein nach-

haltiger Erfolg der Weltpolitik der Großmacht USA, der dem Land einen ständigen Zustrom ausländischen Geldkapitals ebenso beschert wie die einzigartige Möglichkeit, sich beim großen Rest der Welt fast beliebig verschulden zu können. Die US-amerikanischen Unternehmen profitieren noch stets von der schieren Größe ihres Binnenmarktes, eine Größe, die vom hochentwickelten amerikanischen Kreditsystem dauerhaft überhöht wird. Und sie profitieren von einem de facto riesigen öffentlichen Sektor, vom US-amerikanischen *warfare state* also, von dem die meisten High-Tech-Unternehmen, zumal die wenigen industriellen Unternehmen, die international konkurrenzfähig sind, mehr oder weniger abhängen.

In so gut wie jeder anderen Hinsicht sind sie ausländischen, europäischen, asiatischen Unternehmen keineswegs überlegen. Das liegt an der eingefleischt „fordistischen" Struktur und extrem hierarchischen und bürokratischen Managementkultur, an der Überbürokratisierung, die sie bis heute prägt. Auf dem US-amerikanischen Binnenmarkt haben asiatische und europäische Unternehmen seit Mitte der 1970er Jahre ständig Boden, Marktanteile und Marktpositionen gewonnen und diese, Dollar hin, Dollar her, bis heute nicht wieder verloren. Die Stärke der USA in der Welthandels- und Weltgeldpolitik beruht ausschließlich darauf, dass die asiatischen und europäischen Exportökonomien ebenso wie die in diesen Regionen nach wie vor beheimateten Multinationals den freien Zugang zum US-amerikanischen Absatzmarkt nicht mehr missen können.

Von Asien aus gesehen erscheint Europa ähnlich falsch als Einheit wie Asien in den Augen vieler Europäer. Ob die Europäer es glauben oder nicht, Europas *welfare capitalism* ist in jüngster Zeit in vielen Ländern des asiatischen Kapitalismus zum Modell aufgestiegen, das sehr viel attraktiver erscheint als das US-amerikanische. Das liegt erstens daran, dass der Erfolg der asiatischen Kapitalismen auf fortgesetzten, systematischen, wohlgeplanten und koordinierten Staatsinterventionen in größtem Stil beruht, weit mehr als in Europa üblich, aber eben auch viel näher bei der europäischen Tradition des Interventionsstaats liegt, als bei der US-amerikanischen, in der sich der Staat auf die Allzweckwaffe Dollar verläßt und nur eingreift, wenn US-amerikanische Geschäftsinteressen in irgend einem Ausland bedroht sind bzw. wenn mittlere oder größere Katastrophen bereits eingetreten sind. Es liegt zweitens auch daran, dass die meisten europäischen Länder noch immer einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat kennen, der die Falle des privaten „Vorsorgesparens", in der vor allem die japanische Ökonomie seit langem festsitzt, verhindert. Dazu haben, drittens, die europäischen kapitalistischen Ökonomien, voran die deutsche, einige Stärken aufzuweisen, die sie in der internationalen Konkurrenz erfolgreich ausspielen konnten.

Bei Licht betrachtet löst sich der Schein der US-amerikanischen Überlegenheit rasch in seine ideologischen Bestandteile auf. Merkwürdigerweise ist die jahrzehntelang geführte Debatte um den Niedergang der US-Ökonomie im Moment fast vergessen. Deshalb sind aber ihre strukturellen Schwächen nicht verschwunden. Sie sind in den USA selbst in den 80er und 90er

Jahren breit diskutiert worden. Dazu gehören die notorische Schwäche der Schul- und Berufsausbildung – jedenfalls unterhalb der Ebene der wenigen Spitzenuniversitäten, die Schwäche der Kapitalbildung, die Kurzsichtigkeit und Kurzatmigkeit des Aktionärskapitalismus, die Unzulänglichkeit des vorherrschenden Managementstils in den meisten Unternehmen, schließlich die dominanten Wertorientierungen und Ideologien, die fortwährend erhebliche Schäden anrichten. Schließlich die Untätigkeit oder Unfähigkeit des US-amerikanischen *big government*, das auf vielen Gebieten völlig versagt – so leben zum Beispiel im Jahr 2000 über 40 Milionen US-BürgerInnen ohne Krankenversicherung –, wo Europäer und Asiaten selbstverständlich Präsenz und vor allem Leistung von „ihrem" Staat erwarten (vgl. Coates 2000, 34ff).

Dabei sind die ebenfalls nicht neuen Elemente der Stärke des kontinental-europäischen Kapitalismus in Vergessenheit geraten. Die gibt es aber, jedenfalls im Urteil von kundigen Leuten, die noch zwischen den Scheinwelten der ach so neuen Schwindelblüten-Ökonomie und den realen Welten der kapitalistischen Warenproduktion zu unterscheiden wissen. Die relative Stärke der organisierten ArbeitnehmerInnen, die Regulierung von Arbeitsmarkt und betrieblichen Arbeitsbeziehungen, die die Unternehmen zum pfleglichen Umgang mit der Ware Arbeitskraft anhält, unterstützt von relativ großzügigen „Investitionen ins Humankapital", vor allem in die berufliche Ausbildung, gehören dazu; die langfristig angelegte Industriepolitik des Staates ebenso wie die auf Dauer angelegten Kooperationsbeziehungen zwischen Industriekonzernen und Banken, last not least die sozialen und ökonomischen Sicherheiten, die die europäischen Wohlfahrtsstaaten nach wie vor bieten (vgl. Coates 2000, 64ff).

Dass systematische Beschränkungen der Unternehmerfreiheit im Umgang mit der Ware Arbeitskraft auf die Dauer auch den Unternehmern nützen, hat sich seit den Anfängen der Fabrikgesetzgebung in Europa immer wieder gezeigt. Soweit es in den 90er Jahren eine teilweise Renaissance der industriellen US-Dominanz gab, fand sie dort statt (in einigen Sektoren der Hardware- wie der Software-Produktion), wo die US-Regierung, das heißt in erster Linie das Verteidigungsministerium, eine ähnlich langfristige Industriepolitik verfolgte, unterstützt und flankiert von einer höchst aggressiven Entwicklungspolitik zugunsten einiger der Neuen Industrieländer Asiens, die als potentielle Konkurrenten der japanischen Industrie nach Kräften gefördert wurden. Da hat sich die Nachkriegsgeschichte wiederholt. Denn ähnliches wurde schon einmal, im Zuge des von den USA stark geförderten Wiederaufbaus in Europa und Japan, mit Erfolg vorexerziert.

Die relative Stärke des vergleichsweise hochorganisierten Kapitalismus in Europa und Japan verweist auf eine alte Einsicht der politischen Ökonomie: Märkte, so wie wir sie kennen, sind keineswegs „selbst-regulierend", sie müssen reguliert werden. Wirksam regulieren können sie aber nur Akteure, die selbst nicht in die zu regulierenden Marktvorgänge verstrickt und/oder daran direkt interessiert sind. Wenn man nicht auf Adam Smith's hochmoralische Bürger vertrauen bzw. gleich den Sprung in einen „Markt-

sozialismus“ (Krätke 1999) wagen will, kann das nur eine „öffentliche“ Institution sein, was nicht dasselbe sein muß wie eine staatliche Behörde.

Daraus folgt die einfache wie folgenreiche Lehre: Was heute nach wie vor zählt, ist die *Regulierungs- und Steuerungskapazität der Politik*, sprich *des Staates*. Die hat aber, entgegen der Legende, in jüngster Zeit keineswegs abgenommen. Fragt sich nur, wozu sie genutzt wird bzw. warum und zu welchem Zweck man sie ungenutzt lässt.

Neuer europäischer Wohlfahrtsstaat?

Dass der europäische Wohlfahrtskapitalismus sich durchaus behaupten kann, heißt nicht, dass er so bleiben muss, wie er ist. Er kann und muss umgebaut werden, schon im Blick auf die absehbaren Grenzen des industriellen Wachstums. Ihn umzubauen statt zu zerbrechen, ist eine klassisch reformistische Aufgabe (Butterwegge 1999), die sich auf dem in Europa historisch, dank vieler mehr oder weniger glücklicher Umstände erreichten Zivilisationsniveau des Kapitalismus, stellt. Also hängt die Frage nach den Überlebens- und Entwicklungschancen der europäischen Kapitalismen direkt mit der Frage zusammen, ob so etwas wie ein sozialdemokratischer Reformismus überhaupt noch möglich ist. Die Protagonisten der „neuen Sozialdemokratie“ bestreiten das. Sie halten eine als „Modernisierung“ etikettierte, hemmungslose Anpassung an angebliche Zwänge der Weltmarktkonkurrenz für die einzig richtige und vernünftige Strategie: „Reform“ heißt fortan, alles niederzureissen, was dem neuen neoliberalen Einheitsstil entgegenstehen könnte. Folglich predigen sie dieselbe Litanei für alle Länder und ohne Rücksicht auf Erfahrung und besseres Wissen.

Die Einheits-Rezepte der Modernisierer sind wieder und wieder gescheitert. Das haben sie mit den Patentrezepten der Staatssozialisten „marxistischer“ Provenienz gemein. Wenn es gut begründete Zweifel an der Überlegenheit des US-amerikanischen Modells des Kapitalismus gibt, wenn es sehr gute Gründe für die Annahme gibt, dass die europäischen Varianten des Kapitalismus sich in der heutigen Phase der „Globalisierung“ weiterhin erfolgreich behaupten können, dann kann der gute alte Reformismus der europäischen Sozialdemokratie so tot nicht sein, wie er von den Protagonisten der „neuen“ Sozialdemokratie geredet wird. Um global zu agieren, muss die Sozialdemokratie erst einmal europäisch denken lernen. Die EU hat mit der „Agenda 2000“ ausdrücklich ein Leitbild der europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung benannt, die „soziale Marktwirtschaft“. In der Bundesrepublik war dies eine ideologische Formel der CDU, mit der der immerwährende „soziale Friede“ und „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard) beschworen werden sollte.

Allerdings entsprach dem auch die Struktur einiger real existierender Kapitalismen: eine ganze Reihe von institutionalisierten Beschränkungen, die zwar keinem Modell entsprangen, aber mit den klar bestimmbaren Grenzen des „reinen Kapitalismus“ zu tun hatten, auf die die kapitalistische Entwicklung immer wieder stößt. Auch das ist eine grundlegende, heute fast

vergessene Einsicht der politischen Ökonomie und ihrer Kritik: Dass der Kapitalismus in Reinkultur nicht funktionieren und nicht überleben kann, weil er seine natürlichen, sozialen und moralischen Grundlagen immer wieder zerstört. Die „neue Sozialdemokratie", die ebensowenig wie die alte eine sozialistische Partei ist, hat alle guten Gründe, sich auf die Besonderheiten der europäischen Wohlfahrtskapitalismen zu besinnen, wenn sie schon von den immanenten Grenzen des Kapitalismus pur nichts wissen will – und mangels theoretischer Klarheit auch nichts mehr wissen kann.

Von Asien, insbesondere von Japan und Korea aus gesehen, sind die Europäer zu beneiden. Die ökonomischen Schwächen Japans, die seit Jahren anhaltende Depression trotz extrem niedriger Zinsen und exportfreundlicher Wechselkurse, trotz eines ungebrochen interventionsfreudigen Staates, der Jahr für Jahr viele Milliarden Yen in den Wirtschaftskreislauf des Landes pumpt, sind die Schwächen seines Wohlfahrtsstaats. Übersparen und Unterkonsumtion ergeben sich aus dem Mangel an wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung des Landes. In den meisten europäischen Ländern ist es dagegen relativ leicht, mit einigen energischen Umbauaktionen an den bestehenden Sozialstaaten der gesamteuropäischen Binnenkonjunktur nachhaltige Impulse zu geben. Der Umbau sollte allerdings schon in die richtige Richtung gehen, eine Richtung, die mit dem herrschenden Dogmatismus vom Deregulieren, Privatisieren und Liberalisieren haargenau verfehlt wird.

Was die europäischen Kapitalismen brauchen, ist nicht nur mehr statt weniger, sondern auch eine andere Form von Wohlfahrtsstaat. Elemente davon gibt es heute noch in vielen europäischen Ländern, Formen der Grundsicherung für alle, soziale Bürgerrechte, die vom Arbeitsmarktstatus der einzelnen Bürger mehr oder weniger abgekoppelt sind, bewußte Begrenzungen von Märkten, dort, wo sie mehr Schaden anrichten als dem Gemeinwesen guttun (wie im Bildungs-, Gesundheits-, Transportwesen, in der Ernährung, in der Energieversorgung usw.). Daran gilt es in gut reformistischer Tradition anzuknüpfen, um dem gesellschaftlichen Verstand gegen den Terror der Ökonomie beziehungsweise gegen die herrschende ökonomische Ideologie wieder zu Einfluß und Macht zu verhelfen.

Literatur

Albert, M., 1992: Kapitalismus contra Kapitalismus. Frankfurt/M.

Butterwegge, Ch., 1999: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Opladen

Cerny, Ph., 1997: International Finance and the Erosion of Capitalist Diversity. In: C. Crouch/W. Streeck(eds.), Political Economy of Modern Capitalism. London

Esping-Andersen, G., 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge

Krätke, M., R., 1999: Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus. Ms. Amsterdam

Krätke, M., R., 2000: Globalisierung und die Ohnmacht der Nationen. Widerspruch, Heft 38, Zürich

Strange, S., 1996: The Retreat of the State. Cambridge